GLOSSAR DER NOVEMBER-REVOLUTION 1918/19

Abbildung: Wikimedia Commons

Historische Karte der Provinz
Schleswig-Holstein, 1905

DIE PROVINZ SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nach den siegreichen Feldzügen 1864 gegen Dänemark sowie 1866 gegen den Rivalen Österreich hatte Preußen im Jahr 1867 die ehemaligen Herzogtümer Schleswig und Holstein annektiert und sie mit dem Herzogtum Lauenburg zur Provinz Schleswig-Holstein zusammengefasst. An der Spitze der Provinzialverwaltung stand der Oberpräsident, der gleichsam oberster Repräsentant des preußischen Staates war. Sein Sitz war ab 1917 Kiel. Für die alltäglichen Verwaltungsaufgaben war der Regierungspräsident zuständig, dessen Amtssitz sich in Schleswig befand. Die Provinz war größtenteils agrarisch geprägt. In den größeren Städten wie Kiel, Altona, Neumünster oder Flensburg sowie weiteren Orten an der Elbe hatte sich eine nennenswerte Industrie und damit eine größere Arbeiterschaft entwickelt. Politisch dominierten bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1912 vor allem die Sozialdemokratie (SPD) sowie die liberale Freisinnige Volkspartei.

Abbildung: bpk / T. H. Voigt

DAS K
UND D

AISERREICH
IE DEMOKRATIE

Im Deutschen Reich nahm die Person des Kaisers eine beherrschende politische Stellung ein. Ihm oblag es, die Regierung zu ernennen oder zu entlassen. Dennoch war seine Macht durch demokratische Institutionen wie den Reichstag beschränkt, dessen Angehörige in freier, gleicher und geheimer Wahl von allen männlichen Deutschen ab 25 bestimmt wurden. Mit dem Budgetrecht hatte das Parlament ein starkes Machtinstrument zur politischen Mitbestimmung in der Hand. Auf kommunaler Ebene hingegen galten Regeln wie das preußische Zensuswahlrecht. Dessen Ausgestaltung wurde oft vom städtischen Bürgertum genutzt, um untere Schichten von städtischen Entscheidungsgremien fernzuhalten. Während des Krieges eigneten sich hohe Vertreter des Militärs immer mehr politische Machtbefugnisse an. Erst im Angesicht der drohenden Niederlage wurde im Oktober 1918 ein Reformprozess begonnen und eine vom Parlament gewählte Regierung nahm ihre Arbeit auf. Aufgrund der dramatischen Situation im Reich kamen diese Reformbemühungen allerdings zu spät.

Kaiser Wilhelm II., von 1888 – 1918
Deutscher Kaiser und König von Preußen

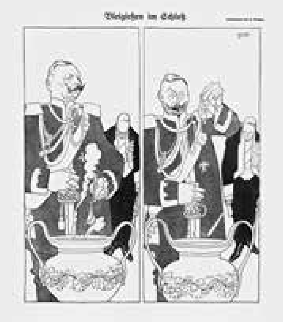
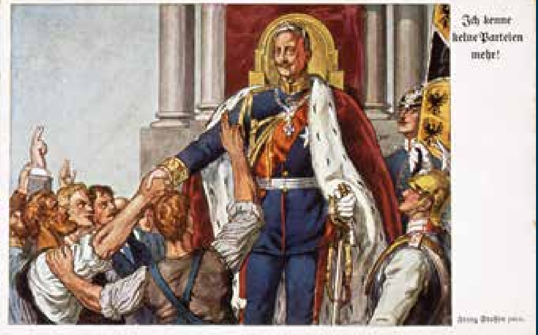


Abbildung: Simplicissimus, 13. Jg., 2. Halbj., Nr. 39, 28. Dezember 1908, S. 665.

Karikatur zum »Daily-Telegraph-Interview«
Kaiser Wilhelms, 1908

GRUNDRECHTE IM KAISERREICH

Das Deutsche Reich gehörte seinerzeit zu den fortschrittlicheren Nationen Europas. Das bezog sich insbesondere auf einen umfangreichen Katalog von Grundrechten, den der Staat seinen Bürgern formal garantierte, wenn auch noch nicht in der Reichsverfassung selbst. In der Praxis blieb die Gewährung dieser Rechte allerdings oftmals problematisch. Vor allem die Pressefreiheit musste immer wieder gegen Eingriffe verteidigt werden. In Kriegszeiten führten überkommene und unklar formulierte Sondergesetze wie das preußische Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 dazu, dass militärische Autoritäten nach eigenem Ermessen Grundrechte einschränken konnten. Um der wachsenden Unzufriedenheit im Deutschen Reich Herr zu werden, wurde von dieser Möglichkeit in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Vor allem Presseorgane der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft wurden unter Druck gesetzt oder ganz verboten. Vereinzelt wurden politische Dissidenten inhaftiert oder wie im Fall der beiden Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis sogar erschossen.

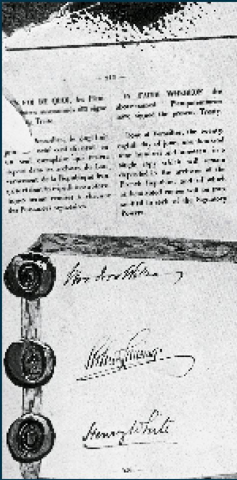

Ich kenne keine Parteien mehr!
Franz Stassen

Franz Stassen, Wilhelm II. und Arbeiter mit Zitat zum Burgfrieden, 1914

Abbildung: Deutsches Historisches Museum, Berlin / I. Desnica

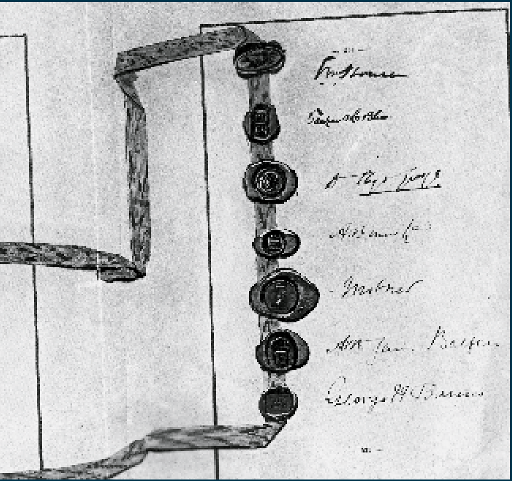
DER BURGFRIEDEN

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs forderten der deutsche Kaiser Wilhelm II. und die Reichsregierung die Zurückstellung politischer Konflikte zugunsten der deutschen Kriegsbemühungen. Der Einschätzung, das Deutsche Reich befände sich in einem Verteidigungskrieg gegen Russland, schlossen sich alle Parteien des Reichstags an. Mit nur zwei Gegenstimmen wurde die Bereitstellung von Kriegskrediten bewilligt. Im Gegenzug wurden politische Reformen in Aussicht gestellt. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (SPD) führte die Einwilligung der Parteiführung in diesen politischen Burgfrieden zu scharfen Auseinandersetzungen. Bis dahin hatte sich die Partei stets zu Antimilitarismus und einer europäischen Friedenspolitik bekannt. 1916 spalteten sich die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) von der Mutterpartei ab, um sich für eine sofortige Beendigung des Krieges und eine politische Umwandlung Deutschlands in eine Volksrepublik einzusetzen.



Friedensvertrag von Versailles 1919 u.a. mit Unterschrift von Woodrow Wilson (l.o.)

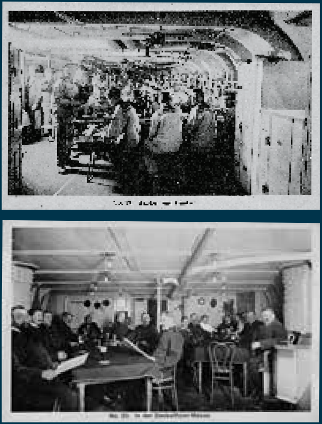
Abbildung: Süddeutsche Zeitung Photo



WILSONS 14 PUNKTE

In einer Rede vor dem Kongress umriss der amerikanische Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 die Grundzüge einer Friedensordnung für Europa. Das 14 Punkte umfassende Programm behandelte vor allem die Ausgestaltung eines freien Selbstbestimmungsrechts der Völker. In der kriegsmüden deutschen Bevölkerung nährte Wilsons Programm die Hoffnung auf einen annexionslosen Frieden, wie er auch von führenden europäischen Sozialisten gefordert wurde. Das Programm wurde später Grundlage der amerikanischen Position in den Verhandlungen zum Versailler Vertrag. Erst als die deutsche Militärführung den Krieg an der Westfront im September 1918 insgeheim verloren gegeben hatte, besann sie sich auf das Programm. Aufgrund des starken Einflusses des Militärs auf die deutsche Politik verweigerte der amerikanische Präsident jedoch Verhandlungen. Dies verstärkte den Druck zu politischen Reformen in Deutschland. Nachdem im Zuge der Oktoberreformen erstmals eine vom Parlament abhängige Regierung gebildet worden war, sandte der neue Reichskanzler Max von Baden Anfang Oktober 1918 ein auf den 14 Punkten basierendes Waffenstillstandsangebot an Wilson.

GLOSSAR DER NOVEMBER-REVOLUTION 1918/19



Abbildungen: Deutsches Marinemuseum

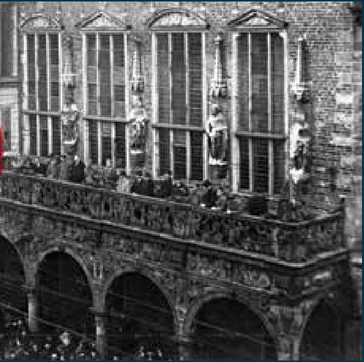
Gegenüberstellung unterschiedlicher Ausstattungen an Bord
oben: Mannschaftsmesse, unten: Offiziersmesse

DIE 14 KIELER PUNKTE

In der Nacht vom 4. auf den 5. November 1918 bildeten die aufständischen Matrosen in Kiel einen Soldatenrat und stellten Forderungen auf. Ihre »14 Kieler Punkte« wiesen zwar Parallelen zu den Forderungen von Soldatenräten aus der russischen Revolution auf, doch war das Kieler Programm nur zu kleinen Teilen politisch. Vielmehr wirkte es wie ein improvisiertes Sammelsurium an Forderungen. In erster Linie ging es um die Verbesserung des Soldatenalltages und die Absicherung der Machtstellung des Soldatenrates. Darüber hinausgehende Forderungen wie das Frauenwahlrecht oder die Abschaffung der Monarchie hatten es hingegen nicht in das Programm geschafft. Dennoch übernahmen es zahlreiche weitere Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Tagen der Novemberrevolution in gleicher oder leicht abgewandelter Form.

Abbildung: Staatsarchiv Bremen 10,B-FN-[illegible]

RÄTE UND RÄTEREPU

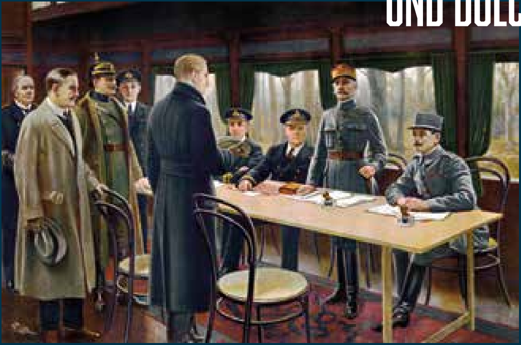


Am 6. November reisten Kieler Matrosen nach Bremen, um dort die Bildung von Arbeiterräten zu unterstützen. Auf dem Rathaus wurde die rote Fahne gehisst.

BLIK

Die direkten Vorbilder für ein politisches Rätesystem entstammten der Pariser Kommune (1871) sowie der russischen Revolution von 1905. Zentrales Element war dabei das Prinzip der Selbstverwaltung auf jeweils unterschiedlichen politischen Ebenen. Im Gegensatz zu anderen Demokratiemodellen fehlt einem Rätesystem die klassische Gewaltenteilung. In Deutschland fanden sich besonders auf dem linken Flügel der Sozialdemokraten Anhänger des Rätesystems. Die reformorientierte politische Linke tendierte hingegen zur parlamentarischen Demokratie. Revolutionäre Räte wurden zumeist als Provisorium betrachtet und waren daher nur als Mitbestimmungsorgane konzipiert. Dies zeigt sich besonders im Entschluss des Berliner Reichsrätekongresses, den Weg zu einer parlamentarischen Demokratie zu ebnen. Bisherige Entscheidungsorgane wie etwa Stadtverordnetenversammlungen und die Verwaltungsspitzen blieben so zumeist unangetastet. Dennoch gab es vereinzelt Versuche, wie im Fall der Münchner oder der Bremer Räterepublik von 1919, ein Rätesystem zu etablieren. Sie wurden nach wenigen Wochen von der Reichsregierung unter Mithilfe nationalistischer Freikorpsverbände zerschlagen.

WAFFENST
UND DOLC



Unterzeichnung des Waffenstillstands
in Compiegne, 1918

Abbildung: Süddeutsche Zeitung Photo

TILLSTAND
HSTOSSLEGENDE

Im Spätsommer 1918 stand Deutschland vor dem militärischen Zusammenbruch. Im Namen der Obersten Heeresleitung forderte Erich Ludendorff am 29. September 1918 daher die Reichsregierung auf, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen, bevor die Alliierten auf das Reichsgebiet vordringen konnten. Die Hoffnung richtete sich dabei auf den zu Beginn des Jahres skizzierten Friedensplan des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dessen moderate Bedingungen. Obwohl der Obersten Heeresleitung die Verantwortung für die militärische Situation zukam, überließ sie es der neuen, zivilen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden, die Waffenstillstandsverhandlungen zu führen. Am 11. November 1918, drei Tage nach Ausrufung der deutschen Republik wurde der Waffenstillstand im französischen Compiègne unterzeichnet. Dies bildete die Grundlage für die spätere Verbreitung der Dolchstoßlegende, nach der die Revolutionäre von 1918 dem bis dahin angeblich unbesiegten deutschen Heer in den Rücken gefallen seien. Sie hätten daher die harten Friedensbedingungen zu verantworten.

Abbildung: bpk / Herbert Hoffmann

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten
mit den Vertretern der Länder, 25.11.1918

DER RAT D
VOLKSBEA

Um
am
soz
den
ten.
vor.
Um
die
die
Sie
Mit
den
Phi
des
lan
Rat
sah
dar

DER
AUFTRAGTEN

die Reichsregierung kontrollieren zu können, bildeten
10. November 1918 jeweils drei Vertreter der Mehrheits-
ialdemokraten (MSPD) und der Unabhängigen Sozial-
nokraten (USPD) gemeinsam den Rat der Volksbeauftrag-
Neben Hugo Haase saß dem Gremium Friedrich Ebert
Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über die
gestaltung des Deutschen Reiches und aus Protest gegen
Niederschlagung der Weihnachtsunruhen in Berlin traten
USPD-Ratsmitglieder am 29. Dezember 1918 zurück.
wurden durch Gustav Noske und Rudolf Wissel ersetzt.
der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar und
n Antritt des neuen Kabinetts unter Reichskanzler
lipp Scheidemann am 13. Februar 1919 war die Aufgabe
Rats erfüllt. Auf dem Weg zur Umgestaltung Deutsch-
ds hin zu einer parlamentarischen Demokratie stellte der
der Volksbeauftragten zwar entscheidende Weichen,
sich allerdings nicht als ausreichend legitimiert an, um
über hinausgehende Reformen in Angriff zu nehmen.

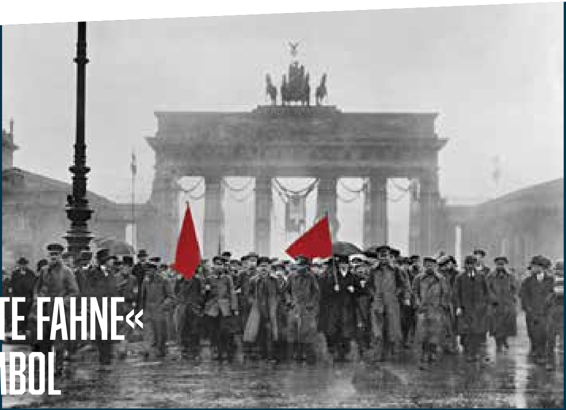
Abbildung: Bundesarchiv, Bild 183-R1188, o.Ang.

Nationalversammlung in Weimar 1919,
Blick auf die Tribüne

DIE VERFASSUNGSGEBENDE NATIONALVERSAMMLUNG

Vom 6. Februar 1919 bis zum 21. Mai 1920 tagte die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung. Von ihrem Tagungsort Weimar leitete sich die inoffizielle Bezeichnung der Weimarer Republik ab. Die Einberufung der Nationalversammlung wurde vom Rat der Volksbeauftragten am 30. November 1918 beschlossen und vom Reichsrätekongress im Dezember bestätigt. Die Wahl fand am 19. Januar 1919 statt. Wahlberechtigt waren erstmalig auch Frauen. Die Aufgabe dieses verfassungsgebenden Parlaments war die Entscheidung über die zukünftige Staatsform und die Ausarbeitung einer Verfassung für Deutschland. Als vorläufiges Parlament bestimmte die Nationalversammlung Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten. Er setzte mit dem Kabinett des Reichskanzlers Philipp Scheidemann und dessen Weimarer Koalition aus Mehrheitssozialdemokraten, katholischer Zentrumspartei und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei die erste Regierung der noch jungen deutschen Republik ein.

DIE »ROTE FAHNE« ALS SYMBOL



Demonstrations-Sonntag
»Unter den Linden«,
8.12.1918

Abbildung nach: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer

Schon seit der französischen Revolution und vor den russischen Revolutionen nutzten sozialistische und sozialdemokratische Parteien, Vereine und Verbände die Symbolik der roten Fahne. In Deutschland gehörten dazu vor allem Arbeitervereine wie die SPD und USPD. Spätestens ab dem 5. November 1918 war die rote Fahne zum Symbol der deutschen Novemberrevolution geworden. Ein Großteil der Schiffe im Kieler Hafen hatte rote Flaggen gesetzt. Auf dem Linienschiff »König« wurden zwei Offiziere erschossen, als sie dies zu verhindern versuchten. Den revolutionären Anspruch des Symbols hatten bereits sozialrevolutionäre Zeitungen wie »Die Rote Fahne« herausgestellt. Sie war ab 1876 von dem Sozialisten Wilhelm Hasselmann herausgegeben und nach der Novemberrevolution von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Organ des radikalen Spartakusbundes innerhalb der USPD neu begründet worden. Doch nicht alle Teilnehmer der Novemberrevolution teilten deren Ziele. Besonders in den ersten Tagen wurden rote Flaggen als Erkennungssymbol genutzt und zeigten oftmals lediglich die Zugehörigkeit zu den Aufständischen an. In aller Regel wurden solche Flaggen vor Landratsämtern und Rathäusern aufgezogen, ohne dass sich (abgesehen von den Arbeiter- und Soldatenräten) die politischen Verhältnisse dort grundlegend änderten. Trotzdem blieb das »rote Tuch« den Vertretern der alten Ordnung ein Dorn im Auge. Sie verbanden damit »russische Verhältnisse«. Der Flottenchef befahl anfangs sogar, auf jedes Schiff zu schießen, das eine rote Flagge zeigte. Doch der Widerstand blieb zwecklos, überall setzten Arbeiter- und Soldatenräte das Hissen ihres Revolutionssymbols durch. Mit deren Machterosion verschwanden aber allmählich die roten Flaggen wieder aus der Öffentlichkeit. Sie wurden mit Einführung der neuen Reichsverfassung vom 11. August 1919 durch die neue Flagge der Republik ersetzt: Schwarz-Rot-Gold.